

# **Streit um Hindenburg. Symbolkämpfe um die Umbenennung von Straßennamen**

**Hans-Ulrich Thamer**

Seit einigen Jahren wird in vielen Städten und Gemeinden intensiv und leidenschaftlich über Straßennamen gestritten. Dabei geht es in der Regel um Namen historischer Persönlichkeiten, die in mehr oder weniger enger Verbindung mit Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus standen. Nicht um die Gruppe der Haupttäter, die unmittelbar und sichtbar für die Unrechtsmaßnahmen und Massenverbrechen des NS-Regimes verantwortlich waren und deren Namen bald nach 1945 durch Verordnungen des Alliierten Kontrollrates, aber auch durch Maßnahmen lokaler Komitees von den Straßenschildern verschwanden. Das Hauptaugenmerk richtet sich nun, Jahrzehnte nach der nationalsozialistischen Konsens-Diktatur, auf Personen, die direkt und indirekt an der Etablierung und Rechtfertigung der NS-Herrschaft mitgewirkt haben, ohne dass sie – in ihrer Mehrheit – unmittelbar an Unrechtshandlungen und Verbrechen des Regimes beteiligt waren, wohl aber zum Funktionieren dieses Regimes ganz wesentlich und bis zum bitteren Ende beigetragen haben. Es geht in der Regel um Verhalten und Handlungsmöglichkeiten von gesellschaftlichen Funktionsträgern auf der nationalen wie auf der lokalen Ebene. Es handelt sich um die sehr heterogene Gruppe der sog. Mitläufer, wie sie in der Nachkriegszeit meist in entlastender Absicht genannt wurden. Dazu gehören Beamte, Diplomaten und Offiziere, Literaten und Sportler, auf lokaler Ebene aber auch Wissenschaftler, Ärzte, Heimatschützer und -schriftsteller. Ihnen wurde die Ehrung der Straßenbenennung meistens in der frühen Nachkriegszeit der 1950er Jahre zuteil. Dahinter stand oft das Bedürfnis, scheinbare unbeschadete Traditionslinien gleichsam freizulegen und öffentlich zu behaupten.

Damit stellt sich aus heutiger Perspektive die Frage nach der Kontinuität von systemkonformen Handeln in unterschiedlichen politischen Systemen sowie nach der angemessenen Beurteilung und historischen Einordnung ihres meist völkischen und rassistischen Denkens, vor allem um die Frage nach den Veränderungen und Konstanten in der historischen Urteilsbildung zu Struktur und Wirkungsweise des Nationalsozialismus in der langen Geschichte der Bundesrepublik. Können die Trennlinien, die man in den 1950er Jahren, zwischen dem Nationalsozialismus bzw. seinen Herrschaftsträgern einerseits und dem

breiten nationalkonservativen Spektrum andererseits meinte ziehen zu können, nach heutigem historischen Wissen und Urteil über das NS-Regime noch aufrechterhalten werden?

Doch ist die Debatte um die belasteten Straßennamen nicht nur ein Thema für das geschichtswissenschaftliche Oberseminar, sondern vor allem Gegenstand geschichtspolitischer Positionierungen und Reflex der jeweiligen politischen Kultur. Die Emotionalisierung und Heftigkeit, die Debatten um die Umbenennung von Straßennamen annehmen können, erklären sich aber nicht allein aus den erwähnten geschichtspolitischen, sondern zusätzlich aus den alltäglichen Erfahrungen und Orientierungen der Bewohner einer Stadt und vor allem der Anwohner einer betroffenen Straße.

Straßennamen dienen zwar zunächst nur der räumlichen Orientierung in einer Stadt, aber sie prägen sich allein durch ihre bloße Existenz in das Bewusstsein und Alltagsleben ihrer Bewohner ein, ohne dass man sich der historischen Bedeutung des Personennamens oder der Gründe für deren Auswahl noch bewusst ist. Sie gehören für viele Bürger scheinbar ganz unproblematisch zur Erinnerungskultur einer Stadt, ganz gleich ob sie Pflanzen oder Tiernamen tragen oder an historische Persönlichkeiten und Ereignisse erinnern. Diese oberflächliche Wahrnehmung ändert sich, wenn man Straßennamen, die die Namen historischer Persönlichkeiten tragen, zugleich als ein Stück Erinnerungspolitik versteht, so wie es in der Regel die Urheber der entsprechenden Benennungen gemeint hatten. Diese geschichtspolitische Praxis hat sich seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Gesellschaften entwickelt. Dadurch verweisen Straßennamen auch auf die politische Kultur zur Zeit ihrer Verleihung. Denn wenigstens zu dieser Zeit sollten sie auch eine Ehrung bedeuten. Sie sind damit sichtbarer Ausdruck des Geschichtsbewusstseins einer Stadt und beanspruchen eine normative Verbindlichkeit für die Gegenwart und möglicherweise auch für die Zukunft, auch wenn im alltäglichen Leben diese Bedeutung verblassen kann. Dass der grundsätzliche Gedanke der Ehrung bis heute Gültigkeit besitzt, zeigt eine zufällige Begebenheit aus dem benachbarten Bremen, wo vor gut einem Jahr der Vorschlag, einen Parkplatz in der Nähe von Radio Bremen der Erinnerung an den gerade verstorbenen Victor von Bülow, genannt Lorient, zu widmen, deswegen auf Widerspruch stieß, weil nach verbreiteter Meinung ausgerechnet ein Parkplatz der kulturellen Bedeutung Lorient überhaupt nicht gerecht werden könne.

Auch wenn die Erinnerung an eine geehrte Person im Lauf der Zeit verblasen kann, kann sie plötzlich wieder lebendig werden, wenn über Straßenumbenennungen diskutiert wird. Dann geht es den Straßennamen so wie den Denkmälern, über die nach einem Diktum von Robert Musil zweimal diskutiert wird: Wenn sie errichtet werden und wenn sie abgerissen werden sollen.

Das gilt besonders für einige Straßen, deren Namensgeber Personen der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts waren. Zwar gibt es in jeder Stadt einen Katalog unveränderter, gleichsam überzeitlicher Straßennamen, meist von Dichtern und Denkern, auch von Offizieren und Künstlern, aber daneben auch eine Liste historisch-politisch belasteter Namen, die teilweise bereits häufiger ausgetauscht wurden und deren Geschichte darum in besonderer Weise die Brüche und Veränderungen in der Geschichtskultur spiegeln. Dazu gehören nicht nur das Führungspersonal von Diktaturen von Hitler und Göring bis Stalin und Pieck, sondern eben in jüngster Zeit verstärkt auch die Angehörigen von traditionellen gesellschaftlichen Funktionseliten, die die auf Massenmobilisierung bzw. Selbstmobilisierung gerichtete NS-Diktatur mit ihrem Handeln gestützt und legitimiert haben. Dann stellt sich die verschärft die Frage, ob im Lichte eigener Erfahrung und vertieften historischen Wissens eine moderne demokratische politische Kultur und eine jüngere Generation sich noch zu einer Werthaltung bekennen kann, die von einer Person repräsentiert wird, die aus heutiger Sicht in ihrem historisch-politischen Handeln mindestens äußerst problematisch bzw. unakzeptabel ist. Oder soll und kann man in einem solchen Falle davon ausgehen, dass die Erinnerung an die entsprechende historische Figur längst verblasst ist oder vielleicht sogar als Mahnmal für die Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts dienen kann?

Diese Fragen und kontroversen Einschätzungen bündeln sich exemplarisch in der Figur Paul von Hindenburgs und erklären ein Stück weit die Heftigkeit des Streites um Hindenburg. Dieser Streit hat mehrere Dimensionen: Erstens geht es um geschichtswissenschaftlich begründete Urteile und um die Vermittlung von Geschichtsbewusstsein. Zweitens um Geschichtspolitik, d.h. um die Wahrnehmung und Verbreitung historischer Tatbestände und Urteile zu Zwecken von historisch-politischer Orientierung und Selbstdefinition. Drittens um die symbolische Dimension von kulturellen Auseinandersetzungen, hinter denen sich andere Erfahrungen und Einstellungen verbergen.

Widersprüche und Kontroversen prägen seit jeher das Bild von Paul von Hindenburg, weniger in der Geschichtswissenschaft als im öffentlichen Geschichtsbewusstsein. Über die verhängnisvolle historische Rolle des Weltkriegsheroen und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg bei der Auflösung der ersten deutschen Demokratie gibt es schon seit einigen Jahrzehnten keine ernsthafte geschichtswissenschaftliche Kontroverse mehr, wie ein Blick in die klassischen Werke von Karl-Dietrich Bracher und in jüngster Gegenwart von Heinrich August Winkler zeigen kann. Überdies hat die 2007 erschienene Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta das kritische Bild vom politischen Handeln des Reichspräsidenten noch schärfer konturiert, weil er gestützt auf einen reichen Quellenfundus die Herrschaftsfunktion dieser „deutschen Unheilsfigur“ (Hans-Ulrich Wehler) analytisch noch präziser beschreiben kann. Die zentrale Rolle Hindenburgs beim Brückenschlag zur Diktatur ist unübersehbar und vor allem kann Pyta nachweisen, dass die systemzerstörenden Eingriffe Hindenburgs in die Politik der krisengeschüttelten Weimarer Republik, die zur Diktatur führten, sehr bewusste Akte eines zielgerichteten politischen Handelns waren. Hindenburg war nicht das alterssenile Opfer fremder „Einflüsterer“, wie man das lange zu seiner Rechtfertigung angenommen hat. Er hatte vielmehr ein politisches Ziel, das er schließlich im Bündnis mit Hitler zu verwirklichen erhoffte. Dieses Ziel war die nicht mehr verfassungskonforme Vorstellung einer autoritären nationalen Einheit oder „Volksgemeinschaft“, die keinen politischen Pluralismus dulden und auch die politischen Gegner dieser Ordnung ausschalten sollte. Darum hat Hindenburg seit 1929/30 aktiv an der autoritären Verformung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Zerstörung hingearbeitet. Als sein Projekt einer nationalen „Volksgemeinschaft“ sich seit dem Spätherbst 1932 nicht mehr ohne die Unterstützung der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen ließ, meinte Hindenburg seit November 1932 in der Kanzlerschaft Hitlers einen Ausweg aus der Sackgasse erkennen zu können, in die er und die Vertreter einer nationalen, auf die präsidiale Macht gestützten autoritären Lösung sich selbst manövriert hatten. Alternative Lösungen hätte es aber auch noch im Januar 1933 gegeben. Freilich sollte nach dem Willen Hindenburgs das Bündnis mit der NSDAP zu den Bedingungen der national-autoritären Kräfte und unter deren Kontrolle passieren. Der „Tag von Potsdam“ vom 21.3. 1933, d.h. die Inszenierung einer nationalen Erhebung des „alten“ und des „jungen“ Deutschlands versprach scheinbar die Verwirklichung dieses Projektes der „nationalen Volksgemeinschaft“, das zwei Tage später mit dem Ermächtigungsgesetz sofort zugunsten Hitlers machtpolitisch umgewichtet wurde. Bis dahin war jedoch der gewaltsame Charakter

des Nationalsozialismus längst sichtbar und wurde bis dahin von Hindenburg durch seine Notverordnungscompetenz legitimiert, bzw. danach bis zu seinem Tode im August 1934 billigend hingenommen.

Freilich war die zeitgenössische subjektive Wahrnehmung der Rolle Hindenburgs in Deutschland und auch im Ausland in den entscheidenden Jahren 1932/33 teilweise anders. Viele hatten auf ihn als Alternative zu Hitler gesetzt, auf das vermeintlich kleinere Übel oder auf den Gegenspieler oder letzten Rettungsanker. Das sollte sich sehr bald als folgenreiche Fehleinschätzung herausstellen; sie gehört zu jenen Unterschätzungen, die Hitlers Weg zur Macht begleitet und ermöglicht haben, die sich aber spätestens in der Nachkriegszeit als Fehleinschätzung herausgestellt haben und von der zeithistorischen Forschung gründlich korrigiert wurden. Wie zäh sich solche falschen Bilder freilich im öffentlichen Geschichtsbewusstsein festgesetzt haben, zeigte die öffentliche Debatte in Münster (und vermutlich auch anderswo). Hier zeigte sich, wie tief der Graben zwischen Geschichtswissenschaft und öffentlichen Geschichtsbildern sein kann. Nun war es Sache der kommunalen Politik über Ergebnisse der Geschichtswissenschaft zu diskutieren und sie in politische Entscheidungen umzusetzen oder nicht.

Während die Diskussionen und Entscheidungen einer vom Ältestenrat der Stadt eingesetzten Kommission über die historisch belasteten Straßennamen sich an den Ergebnissen und Thesen der modernen historischen Forschung orientierten und auch eine anschließend im Rathaus eingerichtete Ausstellung über die zur Diskussion stehenden historischen Personen diese Aussagen veröffentlichte und veranschaulichte, entbrannte sehr bald in den Spalten der beiden Lokalzeitungen eine heftige und sehr polemische Leserbriefkampagne, die die angedeuteten historischen Fehl- bzw. Vorurteile reproduzierte und agitatorisch weiter verflachte. Damit hatte die Debatte eine öffentliche Dimension erreicht, die sich nicht nur sehr rasch ausweitete, sondern sich mit einem deutlichen Anti-Establishment Affekt, gegen „die da oben“ verband, der dann zur Popularisierung und Radikalisierung der Kontroversen erheblich beitrug und alte lokale Konfliktthemen (Musikhalle) wieder aufgriff.

Die Entscheidung von Oberbürgermeister und Ältestenrat, durch eine Sonderausstellung und einzelne Informationsveranstaltungen in einigen Bezirken der Stadt zusätzliche Informationen und historische Aufklärungsmöglichkeiten entsprach dem klassischen Repertoire historisch-politischer Bildung und hat sicherlich zu einem breiteren Informations-

und Wissensstand beigetragen. Hindenburg wurde für viele zu einem Thema und der Name des hässlichen Platzes vor dem Schloss, Schauplatz eines dreimal im Jahre stattfindenden Volksfestes und größter Parkplatz der Stadt, wurde für manchen Bürger der Stadt plötzlich in einen anderen Zusammenhang gerückt als in den eines Ortes des Volksfestes „Send“ und damit verbundener sehr persönlicher Erinnerungen. Auch fand die Sonderausstellung „Ehre, wem Ehre gebührt“ nach offiziellen Schätzungen einen sehr guten Besuch. Damit hatte die Debatte zunächst auch einen rationalen Kern erhalten.

Zu den noch sachlich zu erörternden Themen der öffentlichen Debatte gehörte die Frage nach dem Zeitpunkt der Ehrung des Platzes, der bis 1927 ganz harmlos „Neuplatz“ hieß, und nach der historischen Bedeutung dieses Zeitpunktes. Im Unterschied zu der mehrheitlich und fast reichsweit im Frühjahr 1933 von der NSDAP durchgesetzten und von den vielen „Märzgefallenen“ freudig akzeptierten Umbenennung zahlreicher Plätze und Straßen in Hindenburg und Adolf-Hitler-Straßen, fiel die Entscheidung für einen Hindenburg-Platz in Münster bereits 1927 auf Veranlassung des dem rechten Zentrum-Flügel angehörenden OB Sperlich und fand die Zustimmung auch der SPD, die mit einem Friedrich-Ebert-Platz zufriedengestellt wurde. Begründet wurde die Ehrung Hindenburgs Anfang Oktober 1927 aus Anlass von dessen 80.Geburtstag mit den Verdiensten Hindenburgs als eines „in Krieg und Frieden gleichmäßig bewährten, vorbildlichen Vaterlandsfreundes“. Es muss erwähnt werden, dass in einigen anderen Städten, wie z.B. in Magdeburg eine Entscheidung für einen Ehrenbürger Hindenburg oder einen entsprechenden Straßennamen bereits im Herbst 1914 gefallen war. Es stellte sich mithin die Frage, welchen Hindenburg man 1914 bzw. 1927 und danach 1933 ehren wollte. Den „Helden von Tannenberg“, den erhofften nationalen Einheitsstifter der späten Weimarer Republik oder den vermeintlichen nationalen Retter und Steigbügelhalter des „Führers“ von 1933? Und mehr noch, müssen die unterschiedlichen Intentionen und historischen Wissensbestände zu diesen verschiedenen historischen Zeitpunkten zu einer Differenzierung der Urteilsbildung im Falle der Hindenburgplätze und -Straßen führen, etwa in dem Sinne, dass die Ehrungen von 1927 weiterhin Bestand haben sollten im Unterschied zu denen von 1933? Das entspräche sicherlich den Regeln einer Historisierung der historischen Rolle einer Person, deren Handlungsmotive aus der jeweiligen Zeit verstanden werden müssen. Für eine Erinnerungspolitik, die im historischen Rückblick vor allem eine normativ und affektiv bestimmte Auswahl trifft und kaum Chancen hat, diese ausführlich diskursiv zu begründen, kann das Argument der Historisierung kaum gelten. Vor

allem übersieht diese nachträgliche analytische Trennung, wie vielschichtig der Hindenburg-Mythos ist. Auch die Erinnerungsschichten, die sich während des Ersten Weltkrieges um den sich selbst stilisierenden Heroen gebildet hatten, flossen in das Hindenburg-Bild ein, das 1933 zur Rechtfertigung und Etablierung der NS-Diktatur eingesetzt wurde.

Mit der öffentlichen und immer kontroverser geführten Debatte gerieten Ausstellungsmacher (Stadtarchiv und Geschichtsort Villa ten Hompel) zusammen mit den beiden Historikern in der Kommission in den Fokus der öffentlichen Polemik, die sich vor allem in täglichen Leserbriefen niederschlugen. Sie wurden der „Parteilichkeit“ und „Geschichtsklitterung“ geziehen, wo doch die bloße Lektüre eines zwar dicken Buches die notwendige Aufklärung hätte schaffen können. Auch innerhalb der CDU-Fraktion und Parteibasis spaltete der Streit um Hindenburg die Partei. Damit war eine breite Mobilisierung eingetreten, die vermutlich über den politischen Mobilisierungsgrad hinausreichte, den vergleichbare Diskussionen um Straßenumbenennungen in anderen Städten eingenommen hatten. Der Hindenburg-Platz, der inzwischen von einer eindeutigen Ratsmehrheit in Schlossplatz umbenannt wurde, wurde zum Gegenstand nicht nur geschichtspolitischer, sondern symbolpolitischer Auseinandersetzungen.

Historisch gesehen knüpfte die Debatte um den Hindenburg-Platz an frühere Versuche einer Umbenennung, die in vielen Städten stattgefunden und anfangs durchaus symptomatisch für den bundesdeutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit war.

Eine erste Welle der Umbenennungen gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ganz unter dem Eindruck der Geschichtspolitik des alliierten Kontrollrates, der alle Zeugnisse des Nazismus und Militarismus verbannen wollte, aber auch unter dem Einfluss einer bewussten deutschen politischen Abkehr von der NS-Zeit. In Münster wurde die Hindenburgschule 1945 in Kreuzschule umbenannt, in Hiltrup verschwand eine Hindenburgstraße; in vielen Ruhrgebietsstädten wurden nicht nur, wie überall, die Adolf-Hitler-Plätze, sondern auch die Hindenburgstraßen von der städtischen Landkarte gestrichen. In Münster versickerte die entsprechende Empfehlung einer interfraktionellen „Kommission zur Namensänderung von Straßen und Plätzen nach bekannten Militaristen“ vom November 1946, die auch den Hindenburgplatz wieder in Neuplatz umbenennen wollte. Sie wurde dem Rat in den folgenden Monaten nicht mehr zur Entscheidung vorgelegt. Auch anderswo waren die Entscheidungen sehr uneinheitlich und zunehmend vom sich wandelnden Zeitgeist, der bald im Sog des Kalten Krieges stand, bestimmt: Oft kam es – bis heute – zu Kompromisslösungen in der

Form, dass man den Namen Hindenburg an einem Teil der betreffenden Straße beibehielt, an dem repräsentativeren Straßenstück aber einen Namenspatron suchte, der weniger anstößig erschien.

Das war Ausdruck einer zweiten bundesweiten Welle der Umbenennungsversuche, die sich im Gefolge der unruhigen 60er Jahre entlud, ohne nennenswerte Erfolge zu erzielen. In Münster kam es in den frühen 1970er Jahren ebenfalls zu verschiedenen Initiativen, den Hindenburgplatz umzubenennen. Die Hindenburgallee in St. Mauritz wurde –wohl als Folge einer Eingemeindung – zwar in Tannenhofallee umbenannt, ein Antrag der DKP auf Umbenennung des Hindenburgplatzes in Salvadore-Allende-Platz fand jedoch keine große Resonanz und wurde auch vom damaligen Leiter des Stadtarchivs abgelehnt. Er befand in einem bemerkenswerten Akt der Geschichtsblindheit, dass es in Münster überhaupt keine Straßenbezeichnungen zur Erinnerung an die „militärische, kolonialimperialistische und faschistische Vergangenheit“ gäbe. Ende der 1980er Jahre flammte die öffentliche Diskussion um den Hindenburg-Platz wieder auf, nachdem verschiedene Eingaben und Vorschläge gemacht worden waren. Eine Bürgerumfrage der Volkshochschule 1998, bei der sich eine deutliche Mehrheit für die Beibehaltung des Namens ausgesprochen hatte, beendete vorerst die Diskussion, die offensichtlich im Zehnjahresrhythmus immer wieder aufflammt.

Diese Initiativen scheiterten, wie andernorts teilweise auch weil die Öffentlichkeit mehrheitlich längst noch nicht den Bewusstseins- und Mobilisierungsgrad erreicht hatte, wie im Jahre 2012. Vor allem aber auch, weil das jeweils bestimmende Hindenburg-Bild noch sehr deutlich und mehrheitsfähig jene frühe Trennung der Nachkriegszeit zwischen nationalsozialistische Ideologen und Tätern und verführten Mitläufern reproduzierte und damit Hindenburg von allzu großer Verantwortung für die deutsche Katastrophe freisprach, und im Gegenteil ihn noch zu den letzten Hoffnungsträgern und potentiellen „Verhinderern“ erklärte. Diese Ehrenerklärung stützte sich, und das wurde auch in den hitzigen Debatten von 2012 noch erkennbar, auf den langwährenden Hindenburg-Mythos, der ihn gar zum deutschen Nationalhelden stilisierte – eine Position, die offensichtlich nicht nur von Angehörigen der älteren Generation vertreten wurde.

Mit der Bildung einer Bürgerinitiative „Pro Hindenburg-Platz“ bündelten sich nicht nur die verschiedenen geschichtspolitischen Positionen für eine Traditionswahrung; es entstand eine politische Kampagne mit dem Ziel die Entscheidung des Rates durch eine Bürgerbefragung



und schließlich nach dessen erfolgreicher Durchführung auch mit einem Bürgerentscheid rückgängig zu machen. Die Streitfrage, ob der Bürgerentscheid eine neue Entscheidungssituation herbeigeführt hätte, nachdem der Rat schon längst die Umbenennung in Schlossplatz verabschiedet und die Bürgerinitiative Pro Hindenburg nun eine Rolle rückwärts betriebe, soll hier formal-rechtlich nicht diskutiert werden. Politisch war sie allerdings für die Befürworter der Schlossplatz-Entscheidung ein taktisch sehr wichtiges Argument, hinter dem sich die verschiedenen Lager der Schlossplatz-Initiative, die von den Grünen bis zu dem liberalen CDU-Teil, der SPD und den Gewerkschaften reichte. Mit dem Bürgerentscheid entstand schließlich eine demokratietheoretisch paradoxe Situation, dass ausgerechnet die ehrende Erinnerung an einen demokratie- und pluralismusfeindlichen Militär und Staatsmann mit den Instrumenten basisdemokratischer Politik durchgesetzt werden sollte. Es wurden in dem nun ausbrechenden Wahlkampf alle legitimen Register der Massenmobilisierung gezogen und vor allem auch die Argumente vorgebracht, die die geschichtskulturelle Auseinandersetzung endgültig zu einem Symbolkampf machten.

Allein schon die Argumente der Pro-Hindenburg Votanten zeigten, dass es ihnen mehrheitlich vermutlich weniger um Hindenburg als um eine Gegenwehr gegen den permanenten kulturellen Wandel und die Modernisierungspolitik auch innerhalb der CDU und ihrer Regierungspolitik ging. Das verdeutlichte nicht nur das Verlangen nach der Bewahrung des Vertrauten, was sich in der Parole von dem Hindenburg-Platz als ein „vertrautes Stück Münster“ und „unserer Heimat“ ausdrückte, sondern auch die Tatsache, dass die wichtigsten Akteure der Initiative Pro Hindenburg-Platz auch schon bei früheren Gelegenheiten aus betont konservativer Position gegen die Politik der eigenen CDU-Parteiführung agiert hatten und auch den eigenen CDU-Oberbürgermeister mit ihrem Vorwurf der Verfälschung des Bürgerwillens und einer einseitigen Informationspolitik trafen. Schließlich behaupteten sie, auch der Hindenburgplatz gehöre zur Erinnerungskultur der Stadt und sei ein Teil der eigenen Geschichte.

Das ist sicherlich zutreffend, doch bleibt die Frage, ob diese Erinnerung auf einem Geschichtsbild aufbauen kann, das die dunklen Seiten der Geschichte ausblendet und Hindenburgs Handeln allen historisch fundierten Einsichten zum Trotz einseitig und verkürzt darstellt bzw. damit zu rechtfertigen versucht. Das ist vermutlich der Logik des eigenen Verständnisses geschuldet, denn wie sollte man eine in der Regel positiv konnotierte und mit

bestimmten Werthaltungen begründete Erinnerung wachhalten und pflegen, wenn man gleichzeitig anerkennen müsste, dass der zu ehrende Held eben eine Unheilsfigur darstellt.

Unabhängig davon, hat der Streit um Hindenburg auch die allerdings kaum diskutierte Frage aufgeworfen, wie man in einem demokratischen Staat mit einer tatsächlich belastetem historischen Erbe umgehen soll, das zu einer demokratischen Traditionsbildung untauglich ist, aber nicht einfach aus der Geschichte gelöscht und entsorgt werden kann und darf?

Erinnerung bedeutet auch immer Auswahl. Zwar kann sich niemand durch Verdrängung oder Entsorgung einer unliebsamen Vergangenheit aus der Geschichte verabschieden; aber er kann sich entscheiden, welche Akteure und Handlungen der Vergangenheit für ihn erinnerungswürdig sind und welche nicht. Jeder und jede Generation kann sich die Frage stellen, wie weit man das Spektrum von politischen Handlungen und individuellen Haltungen einzelner Personen ziehen soll, das man zu den erinnerungswürdigen und normsetzenden, weil vorbildhaft wirkenden Traditionsbeständen rechnen kann und wo die Trennlinie zu den Verhaltensformen gegenüber einer Diktatur liegen, die nicht als normsetzende gelten können. Auch die Erfahrungen und Erinnerungen an die Diktatur gehören zu unserer Geschichte und sind als Erbe und Belastung auf uns gekommen. Wir können und sollen uns ihnen nicht entziehen. Aber wir können sie, allein schon aus Achtung vor ihren Opfern, nicht in einer ehrenden, positiv besetzten Traditionsbildung behalten und darum auch nicht zu Straßennamen erheben.

Allerdings gab und gibt es immer wieder Debatten darüber, wo nun diese Grenzziehung zur Diktatur zu liegen hat. Können wir angesichts eines mittlerweile sehr viel sensibleren Umganges mit der Diktaturgeschichte und vor allem im Lichte unseres heutigen historischen Wissens um die massenhafte Selbstmobilisierung und Verstrickung auch von Menschen, die nominell (zunächst) keine Mitglieder der NSDAP waren und keine zentralen Herrschaftsfunktionen ausübten, noch jene verharmlosende Grenzziehung der Nachkriegszeit aufrecht erhalten, die zwischen den hundertprozentigen Nazis und NS-Tätern einerseits und einer scheinbar unbelasteten national- konservativen Tradition andererseits unterschied? Oder wissen wir nicht längst, wie wichtig die Mitwirkung und die Scharnierfunktion vieler Vertreter des bürgerlich-nationalen Deutschlands bei der Etablierung und dem Funktionieren der Diktatur war und wie sehr das historische Phänomen Nationalsozialismus gerade aus einer Amalgamierung national-konservativer und dezidiert nationalsozialistisch-totalitärer

Positionen bestand? Das lässt sich exemplarisch am Fall Hindenburg diskutieren, der natürlich ein Teil der deutschen Geschichte ist, aber den wir auf Grund seines Verhaltens bei der Etablierung der Diktatur Hitlers möglicherweise nicht zu dem Kreis derer rechnen, die weiterhin als traditionsbildend im beschriebenen Sinne zu betrachten sind.

Ein weiteres Argument ist in der Debatte in Münster eher am Rande aufgetaucht, dass nämlich diese Erinnerung nicht nur längst verblasst ist, sondern dass auch eine erfolgreiche Demokratie mit historischen Personen trotz ihrer Belastung gelassen umgehen können müsse, weil sie gleichsam Patina angesetzt hätten. Auch wenn dies von geschätzten Kollegen vorgetragen wird, gehe ich nach wie vor davon aus, dass diese Annahme sich kaum mit den Mechanismen einer Erinnerungs- und Geschichtskultur vertragen kann, die von der durchaus rituellen Wiederholung bestimmter Tatsachen und Gründungsgeschichten lebt und leben muss.

Wenn die historischen und geschichtspolitischen Argumente überwiegend für einen kritischen Umgang mit dem Straßennamen Hindenburg sprechen, bleibt die Frage, welche Form des öffentlichen Umgangs sich aus dieser Einsicht ableiten lässt. Eine Entsorgung der Vergangenheit durch die bloße Abnahme der entsprechenden Straßenschilder ist mit Sicherheit der falsche Weg; die historisch-politische Aufklärung über die Rolle Hindenburgs, auch in Kurzform, unter einem bestehenden oder zu verändernden Straßenschild ist allemal vorzuziehen. Ganz gleich, wie die Entscheidung ausging bzw. andernorts ausgeht, eine entsprechende öffentliche Debatte über Hindenburg und die Hindenburg-Ehrung hätte und hat eine aufklärerische Funktion. Die alternativen Lösungen, die bisher diskutiert wurden, sind allerdings nicht ohne Widersprüche. Blicke der Straßename Hindenburg erhalten und würde nur mit einer zusätzlichen Schrifftafel auf die historische Rolle Hindenburgs verwiesen, dann drohte diese Form der historischen Aufklärung in der öffentlichen Wahrnehmung den Kürzeren zu ziehen, weil der Beibehaltung des Namens das größere Gewicht zukäme und weil Erinnerung stets auch mit affektiven, ins Persönliche gehenden Haltungen und Wahrnehmungen verbunden ist, die stärker sind als andere, kritische Einsichten. Die umgekehrte Lösung, nämlich den Straßennamen zu ändern und den an den bisherigen Namen durch ein Zusatzschild zu erinnern, dürfte nicht verschweigen, was sich mit der einstigen Namensgebung verband und welche Motive bei der Ehrung wie bei der Umbenennung bestimmend waren. Bei beiden Varianten bestünde die Chance, aus der Geschichte von

Straßennamen so etwas wie ein begehbares Geschichtsbuch zu machen, wohl wissend, dass Geschichtsbewusstsein immer auch zeitgebunden und ambivalent ist.

Versucht man nun den Streit um Hindenburg, unabhängig von lokalen Besonderheiten, mit früheren historischen Streitfällen, die immer Teil der Zeitgeschichte sind, zu vergleichen, so kommt man zu der durchaus nachdenklich stimmenden Erkenntnis, dass weniger der kritisch-rationale Diskurs und die historisch-politische Aufklärung eine bewusstseinsverändernde Wirkung haben als der öffentliche Streit und Skandal und dass nach dem Ende eines heftigen Streitfalles Positionen, die vorher noch heftig bekämpft wurden, sich allmählich ins allgemeine Bewusstsein eingeschliffen haben.

Das gilt beispielsweise für die Streitpunkte der „Wehrmachtsausstellung“ in den 1990er Jahren, die in ihrer apologetischen Variante nach der zweiten Ausstellung öffentlich kaum noch artikuliert wurden. Das führte dazu, dass man mittlerweile, ohne auf Widerstand zu stoßen, dieselben Fotos von der Mitwirkung von Wehrmachtssoldaten an Verbrechen an der Zivilbevölkerung zeigen kann, die 1996/7 noch zu empörten Aufschreien geführt haben.

Auch in Münster hat der Streit um Hindenburg, nach dem schließlich der Bürgerentscheid für die Schlossplatz-Initiative erfolgreich ausgegangen ist, mit der breiten Akzeptanz des Schlossplatzes ein rasches Ende gefunden.